



Stadt Halle (Saale)

07.03.2018

A u s z u g

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom
27.02.2018:**

**zu 4.1 Absichtserklärung zur Gründung einer interkommunalen
Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer regionalpolitischen
Entscheidung zum Projekt „Saale-Elster-Kanal“
Vorlage: VI/2018/03739**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister zur Unterzeichnung der Absichtserklärung zur Gründung einer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer regionalpolitischen Entscheidung zum Projekt „Saale-Elster-Kanal“.

F.d.R.

Uta Rylke
Stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom 27.02.2018:

- zu 5.1 **Antrag der Stadträt*innen Dr. Regina Schöps und Yvonne Winkler (MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM), Marko Rupsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Detlef Wend (SPD), Anja Krimmling-Schoeffler (DIE LINKE) und Ulrich Peinhardt (CDU/FDP) zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor kommunikationsinduzierter elektromagnetischer Strahlung
Vorlage: VI/2018/03718**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gesundheitsrisiken durch Mobilfunkstrahlung beauftragt der Stadtrat die Stadtverwaltung mit folgenden Vorsorgemaßnahmen im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten:

1. Die Stadt Halle erarbeitet ein Mobilfunk-Vorsorgekonzept.
2. Die Stadt Halle strebt die Reduzierung bzw. Vermeidung lokal hoher Belastungen durch Konzentration von Mobilfunkantennen an bevorzugten Standorten an und nutzt dazu ein Dialogverfahren mit den Mobilfunkbetreibern zur Einigung über bestehende und geplante Standorte von Mobilfunkanlagen.
3. Die Stadt Halle informiert die Bevölkerung durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen über die Risiken elektromagnetischer Strahlung und über Möglichkeiten, diese zu reduzieren.
4. Die Stadt Halle verwendet bei der Neuinstallationen oder Erneuerung von Kommunikationsinfrastruktur in Verwaltung, Kindergärten, Schulen und Bibliotheken möglichst kabelgebundene Lösungen.

F.d.R.

Uta Rylke
Stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom
27.02.2018:**

**zu 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines
Tourismuskonzeptes für die Stadt Halle
Vorlage: VI/2018/03719**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Tourismuskonzept zu erstellen.
Die Eckpunkte und Schwerpunktsetzung des Konzeptes werden dem Stadtrat im April 2018 zur Bestätigung vorgelegt. Die Beschlussfassung über das Konzept erfolgt im November 2018.

F.d.R.

Uta Rylke
Stellvertretende Protokollführerin